



Werner Müller

## Missbrauch aufarbeiten!

Die Bischofskonferenz hat sich bei ihrer letzten Vollversammlung in einem Sieben-Punkte-Plan zu einer Reihe von Schritten verpflichtet, die vom Ständigen Rat in diesen Tagen durch fünf Projekte ergänzt und konkretisiert wurden. Wesentlich und vordringlich dabei ist, dass Betroffene und externe Fachleute in die Aufarbeitung einbezogen werden sollen, durch Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig. „Es ist klar, dass die nun folgende Aufarbeitung keine interne Sache mehr sein kann“, so Bischof Ackermann in einem SPIEGEL-Interview vom 17.11.2018 (S. 64). Dabei geht es nicht nur darum, weitere noch nicht zur Verantwortung gezogene Täter zu identifizieren – die Studie hatte die Missbrauchsfälle nur anonymisiert erfasst und verfolgte ausdrücklich „keinen juristischen oder kriminalistischen Ansatz“ –, sondern auch „zu klären, wer über die Täter hinaus institutionell Verantwortung getragen hat“ (Ackermann ebd.).

Was die externe „Hilfe“ angeht: Sechs Strafrechtsprofessoren haben Anzeige gegen Unbekannt bei Staatsanwaltschaften im Bereich aller 27 Bistümer eingereicht. Die Bistümer selbst sind nach den innerkirchlichen Richtlinien seit 2010 gehalten, erhärtete Verdachtsfälle bei den Ermittlungsbehörden anzuzeigen. Ob dies immer und überall geschehen ist, fällt in das „Dunkelfeld“ der Studie und soll nun staatlicherseits geklärt werden.

Was die „institutionell Verantwortlichen“ angeht, sind einzelne Diözesanbischöfe schon vorgeprescht. Der erst seit dem 1. September im Amt befindliche Bischof von Hildesheim, Heiner Willmer, hat seinem Vorvorgänger Josef Homeyer (1983-2004) Versagen und Vertuschung vorgeworfen und schwere Vorwürfe gegen dessen Amtsvorgänger Heinrich Maria Janssen (1957 – 1982) öffentlich gemacht; dieser ist damit der erste deutsche Bischof, dem selber sexuelle Übergriffe gegen Minderjährige vorgeworfen werden. Auch der Freiburger Erzbischof Stephan Burger warf seinem Vorgänger Robert Zollitsch Fehler im Umgang mit Missbrauchstaten vor. Zollitsch, der lange Jahre Vorsitzender der DBK war, hat in einem Video-Interview mit einem Hamburger Journalistenbüro diese eingeräumt und bestätigt, dass er als Personalreferent Anfang der 1990er Jahre Missbrauchstaten nicht angezeigt hat. „Ich habe lange Zeit nicht begriffen, wie furchtbar dieses Geschehen war“, worunter er heute noch als Achtzigjähriger leide; die Opfer hat er um Verzeihung gebeten. Der Freiburger Diözesanrat hat mehr Transparenz bei der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in der Kirche gefordert. Der Erzbischof hat eine "Kommission Macht und Missbrauch" angeordnet, die nun exemplarisch Fälle aus den vergangenen Jahrzehnten aufarbeiten soll.

Das Bemühen der Bischofskonferenz und des Missbrauchsbeauftragten Ackermann geht offensichtlich zurzeit dahin, eine einheitliche Linie aller Bistümer zu finden. Interessant ist, welche Bischöfe sich in der kirchlichen Missbrauchsdebatte bisher nicht geäußert haben. Ackermann selbst beklagt im SPIEGEL-Interview, dass sich manche Kollegen schon bei der Studie „nicht besonders kooperativ“ gezeigt hätten. Es gibt offenbar welche, die – wie es der Vorsitzende des BDKJ formulierte – „mit der Formulierung von Beileidsbekundungen (die Missbrauchsfälle) abgehakt zu haben scheinen“.

Abgesehen von der juristischen, gegebenenfalls strafrechtlichen Aufklärung der Einzelfälle muss sich die Aufarbeitung auch auf die strukturellen, systemischen Bedingungen beziehen, die sexualisierte Gewalt in der katholischen Kirche begünstigen. In der Studie haben die Wissenschaftler als spezifische Risikofaktoren ausgemacht: Klerikalismus, Zölibat, Sexualmoral, besonders die Einstellung zur Homosexualität, sowie das Bild und die Rolle der Frau in der Kirche. Dies sind genau die Punkte, für die kirchliche Reformgruppen seit

Jahrzehnten, eigentlich schon seit dem 2. Vatikanum, Änderungen immer wieder anmahnen und – bislang erfolglos - einfordern (Diese Zeitschrift z.B. ist vor 50 Jahren gegründet worden, weil in der offiziellen Kirchenpresse eine Debatte über den Zölibat verweigert wurde). Wann wenn nicht jetzt, wo die Kirche in eine Vertrauenskrise extremsten Ausmaßes geraten ist, sollen grundlegende Reformen stattfinden? Führende Laienvertreter und auch einzelne Bischöfe haben eine schonungslose Debatte zu den einzelnen Themen gefordert. Und der Ständige Rat hat versprochen: „Fragen nach der zölibatären Lebensform der Priester und nach verschiedenen Aspekten der katholischen Sexualmoral werden wir unter Beteiligung von Fachleuten verschiedener Disziplinen in einem transparenten Gesprächsprozess erörtern“, und bis zur nächsten Sitzung einen entsprechenden „Arbeitsplan“.

Alle diese Äußerungen von Seiten der Bischöfe – und sie sind nun mal im real existierenden katholischen Kirchensystem die Entscheider und damit auch Verantwortlichen – sind weithin Absichtserklärungen und Ankündigungen. Die Kirche aber, so sagte Kardinal Marx am Gedenktag für Missbrauchsoffer zu Recht, wird an ihrem Handeln gemessen. Wenn es endlich zu konkreten Taten kommen soll, ist Druck von außen, durch die (Medien)Gesellschaft nötig. In den Medien ist das Thema nach der Veröffentlichung der Missbrauchsstudie, die ausdrücklich ja nur ein erster Schritt sein sollte, wieder recht schnell aus dem Blickfeld verschwunden; erst im Umfeld des Gedenktags 18. November und der Fälle von Hildesheim und Freiburg ist gegenwärtig wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu verzeichnen.

Diese will *imprimatur* – im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten – unterstützen, damit nicht die allseits geforderte Grundsatzdebatte wieder versandet, indem sie in Gremien von „Fachleuten verschiedener Disziplinen“ verwiesen wird – als ob etwa zum Thema Zölibat nicht schon alles „erforscht“ und in Hunderten von allgemein zugänglichen Publikationen nachzulesen wäre!

Im Folgenden wollen wir zur „Aufarbeitung“ beitragen,

- indem wir zunächst eine Richtigstellung in eigener Sache vornehmen;
- sodann drucken wir ein Statement nach, das Prof. Dr. Norbert Lüdecke, Kirchenrechtler an der Universität Bonn, bei einem Informations- und Diskussionsabend der Initiative MissBiT (Missbrauchsoffer im Bistum Trier) am 29. Oktober in Trier abgab; der Abend stand unter dem Motto: Wir empören uns! Norbert Lüdecke hat dazu in pointierter Form Stellung genommen mit „Empörung reicht nicht!“. (Wir danken für die Druckerlaubnis. Der Vortragsstil wurde beibehalten.)
- Schließlich wollen wir eine besondere, ungewöhnliche, der emotionalen Brisanz des Missbrauchsthemas Rechnung tragende, künstlerische Auseinandersetzung versuchen. Auf etwas komplizierten Wegen haben wir die Erlaubnis erhalten, ein Bildwerk der kanadisch-deutschen Malerin und Theologin Lena Feil mit dem Titel „Engelsturz“ wiedergeben zu dürfen. Der Theologe, bildende Künstler und Kunsterzieher Dr. Paul Petzel, Andernach, wird in einer Bildbetrachtung dieses Werk erschließen – und einen konkreten Vorschlag einer ästhetisch-liturgischen Aufarbeitung der Missbrauchsthematik in der katholischen Kirche machen.